S 16 KA 143/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Vertragsarztangelegenheiten
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Vertragsärztliche Versorgung – Wirksamkeit eines im Verfahren der Wirtschaftlichkeitsprüfung geschlossenen Vergleichs – Schriftformerfordernis für öffentlich-rechtliche Verträge – Aufnahme zur Niederschrift
Leitsätze	Das Schriftformerfordernis für öffentlich-rechtliche Verträge kann durch die Aufnahme zur Niederschrift der vertragschließenden Behörde gewahrt werden, wenn der Text eines Vergleichs im Rahmen eines formalisierten Verfahrens und unter Beachtung der für gerichtliche Vergleiche geltenden formalen Anforderungen protokolliert wird
Normenkette	SGB V § 106; SGB V §§ 106ff; SGB X § 8; SGB X § 9; SGB X § 53 Abs 1 S 1; SGB X § 53 Abs 1 S 2; SGB X § 54; SGB X § 56; SGB X § 58 Abs 1; SGB X § 61 S 2; VwVfG § 57; BGB § 119 Abs 1; BGB § 121 Abs 1 S 1; BGB § 123 Abs 1; BGB § 125 S 1; BGB § 126 Abs 1; BGB § 126 Abs 2 S 1; BGB § 126 Abs 4; BGB § 127a; BGB § 142 Abs 1; BGB § 779 Abs 1; SGG § 122; ZPO § 162 Abs 1 S 1; ZPO § 163 Abs 1 S 3; ZPO § 160 Abs 3 Nr 1; ZPO § 1025; ZPO §§ 1025ff; ZPO § 1053

1. Instanz

Aktenzeichen	S 16 KA 143/16
Datum	03.04.2017

2. Instanz

Aktenzeichen	L 4 KA 11/17
Datum	12.02.2020

3. Instanz

Datum 26.05.2021

Â

Auf die Revision des Beklagten wird das Urteil des Hessischen Landessozialgerichts vom 12.Â Februar 2020 aufgehoben. Die Berufung des KlÃ¤gers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Marburg vom 3.Â April 2017 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Der KlÃ¤ger trÃ¤gt die Kosten des Verfahrens mit Ausnahme der auÃ□ergerichtlichen Kosten der Beigeladenen in allen RechtszÃ¼gen.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Umstritten ist die Wirksamkeit eines im Verfahren der vertragsÃ¤rztlichen WirtschaftlichkeitsprÃ¼fung abgeschlossenen Vergleichsvertrags.

Â

2

Der KlÃ¤ger nimmt seit 1984 mit einer hausÃ¤rztlichen Einzelpraxis in D an der vertragsÃ¤rztlichen Versorgung teil. Mit Schreiben vom 1.11.2010 teilte die PrÃ¼fungsstelle der Ã□rzte und Krankenkassen in Hessen dem KlÃ¤ger die ErÃ¶ffnung eines Verfahrens der WirtschaftlichkeitsprÃ¼fung bezogen auf einzelne Leistungsbereiche fÃ¼r die Quartale 1/2007 bis 4/2007 mit. Mit Bescheid vom 20.6.2011, korrigiert durch Bescheid vom 19.8.2011, setzte die PrÃ¼fungsstelle hinsichtlich der Quartale 1/2007 bis 4/2007 HonorarkÃ¼rzungen in HÃ¶he von insgesamt 93Â 528,90 Euro gegen ihn fest.

Â

3

Hiergegen erhob der KlÃ¤ger Widerspruch. An der Sitzung des Beklagten am 29.2.2012 nahm der KlÃ¤ger persÃ¶nlich in Begleitung des Rechtsanwalts R teil. In der vom Vorsitzenden des Beschwerdeausschusses und dem SchriftfÃ¼hrer

unterzeichneten Niederschrift Ã¼ber die Sitzung wurde ua Folgendes protokolliert:

Â

4
â€Im Einvernehmen aller Beteiligten wird folgende einvernehmliche Regelung getroffen:
1.Â In Abweichung des Bescheides der PrÃ¼fungsstelle der Ãrzte und Krankenkassen Hessen â€Â Kammer SÃ¼dÂ â€ vom 20.06.2011, korrigiert am 19.08.2011 verpflichtet sich Dr.Â K fÃ¼r die Quartale I/07 bis IV/07 einen Honorarregressbetrag in HÃ¶he von netto 20.000,00Â â¬ (zwanzigtausend Euro) zu bezahlen.
2.Â Es wird eine Ratenzahlung in 8Â Teilraten Ã 2.500,00Â â¬ (zweitausendfÃ¼nfhundert Euro) zugestanden. Die erste Rate in HÃ¶he von 2.000,00Â â¬ netto soll mit der Restzahlung fÃ¼r das 2.Â Quartal 2012 verrechnet werden.
3.Â Es besteht Einvernehmen darÃ¼ber, dass auÃergerichtliche Kosten â€Â insbesondere AnwaltskostenÂ â€ nicht erstattet werden.
4.Â Es besteht Einvernehmen darÃ¼ber, dass hiermit die gesamten im Rahmen des Widerspruchsverfahrens und der Honorarabrechnung 2007 offenen BetrÃ¤ge abgegolten sind.
Laut vorgelesen und genehmigt.â€

Â

5

Nach Ãbersendung der Sitzungsniederschrift an Rechtsanwalt R rÃ¼gte der KlÃ¤ger mit Schreiben vom 15.8.2012, dass der Rechtsanwalt kein Mandat gehabt habe, ihn zu vertreten und dass er den Regressbetrag von 20Â 000 Euro fÃ¼r Ã¼berzogen halte. Nachdem der Beklagte dem KlÃ¤ger mit Schreiben vom 14.11.2013 eine Ausfertigung der Sitzungsniederschrift Ã¼bersandt hatte, teilte der KlÃ¤ger dem Beklagten mit Schreiben vom 21.10.2014 mit, dass die in der Sitzung des Beschwerdeausschusses am 29.2.2012 protokollierte HonorarkÃ¼rzung nicht wirksam sei, weil der Vorsitzende des Beklagten ihn mit der unrichtigen Aussage, dass es fÃ¼r ihn teurer werden wÃ¼rde, wenn er einer 20Â 000 Euro-KÃ¼rzung nicht zustimme, wirkungsvoll genÃ¶tigt habe.

Â

6

In einer Sitzung des Beschwerdeausschusses am 29.4.2015, an der der KlÃ¤ger ebenfalls persÃ¶nlich teilnahm, erklÃ¤rte dieser, der Vorsitzende in der damaligen Sitzung habe erlÃ¤utert, dass er mit einer hÃ¶heren HonorarkÃ¼rzung zu rechnen habe, falls es nicht zu einem Vergleichsschluss kÃ¤me. Diese Aussage sei falsch gewesen. TatsÃ¤chlich habe ihm nur eine HonorarkÃ¼rzung in HÃ¶he von 10Â 000 Euro netto gedroht.

Â

7

Daraufhin stellte der Beklagte mit Beschluss vom 29.4.2015/Bescheid vom 22.9.2015 fest, dass das Widerspruchsverfahren gegen die Bescheide der PrÃ¼fungsstelle der Ãrzte und Krankenkassen vom 20.6.2011 und vom 19.8.2011 durch die in der Sitzung vom 29.2.2012 vereinbarte einvernehmliche Regelung abgeschlossen worden sei; soweit der Widerspruch aufrechterhalten werde, werde er zurÃ¼ckgewiesen. Das Widerspruchsverfahren habe mit der in der Sitzung am 29.2.2012 getroffenen Vereinbarung seine Erledigung gefunden. NichtigkeitsgrÃ¼nde iS von Â§Â 58 SGBÂ X oder GrÃ¼nde, die den KlÃ¤ger zur Anfechtung berechtigen wÃ¼rden, lÃ¤gen nicht vor. Die Annahme des KlÃ¤gers, dass der Nettobetrag des Regresses aus den angefochtenen Bescheiden nur 10Â 000 Euro betragen habe, sei im Ãbrigen unrichtig; tatsÃ¤chlich hÃ¤tte sich eine HonorarkÃ¼rzung nach Quotierung in HÃ¶he von 23Â 158,73 Euro ergeben.

Â

8

Die Klage, mit der der KlÃ¤ger die Unwirksamkeit der in der Sitzung des Beklagten vom 29.2.2012 geschlossenen Vereinbarung geltend gemacht hat, hat das SG mit Gerichtsbescheid vom 3.4.2017 abgewiesen. Zur BegrÃ¼ndung hat das SG ausgefÃ¼hrt, dass das Verwaltungsverfahren durch die Vereinbarung zwischen den Beteiligten beendet worden sei. Die Vereinbarung sei wirksam, da der KlÃ¤ger keinem Inhalts-, sondern einem unbeachtlichen Motivirrtum unterlegen sei. Es liege auch keine arglistige TÃ¤uschung durch den Beklagten vor.

Â

9

Das LSG hat auf die Berufung des KlÃ¤gers den Gerichtsbescheid des SG und den Bescheid des Beklagten vom 22.9.2015 aufgehoben und festgestellt, dass das Verfahren Ã¼ber den Widerspruch gegen den Bescheid der PrÃ¼fungsstelle der Ãrzte und Krankenkassen in Hessen vom 20.6.2011, korrigiert durch Bescheid vom 19.8.2011, nicht durch den Vergleich vom 29.2.2012 erledigt worden ist *(Urteil vom 12.2.2020)*. Bei dem Vergleich handele es sich um einen Ã¶ffentlich-rechtlichen Vertrag iS des Â§Â 53 AbsÂ 1 SGBÂ X, der nichtig sei. Dieser genÃ¼ge nicht dem Schriftformerfordernis nach Â§Â 56 SGBÂ X und sei daher formunwirksam iS des Â§Â 58 AbsÂ 1 SGBÂ X iVm Â§Â 125 BGB. Schriftform iS des Â§Â 56 SGBÂ X bedeute, dass Ã¼ber den Vertragsinhalt eine Urkunde zu erstellen und von dem Aussteller eigenhÃ¤ndig durch Namensunterschrift oder mittels notariell beglaubigten Handzeichens zu unterzeichnen sei. Es fehle aber an einer Namensunterschrift des KlÃ¤gers auf der Niederschrift Ã¼ber die Sitzung des Beklagten am 29.2.2012. Die Schriftform werde auch nicht durch die Protokollierung ersetzt, denn Â§Â 127a BGB gelte nur bei einem gerichtlichen Vergleich.

Â

10

Der Beklagte rÃ¼gt mit der vom LSG zugelassenen Revision eine Verletzung des Â§Â 58 AbsÂ 1 SGBÂ X iVm Â§Â 125 BGB, Â§Â 56 SGBÂ X. Der Vergleich vom 29.2.2012 erfÃ¼lle die Voraussetzungen des in Â§Â 56 SGBÂ X bestimmten Schriftformerfordernisses. Die Schriftform gemÃ¤Ã Â§Â 126 BGB werde durch den in der Sitzung vom 29.2.2012 protokollierten Inhalt der einvernehmlichen Regelung einschlieÃlich der Aufnahme der ErklÃ¤rungen der Beteiligten ersetzt. Obwohl es sich nicht um einen gerichtlichen Vergleich handele, richte sich die Protokollierung nach den Vorschriften der ZPO. Â§Â 31 der im Bezirk der zuÂ 1 beigeladenen KassenÃ¤rztlichen Vereinigung fÃ¼r die Zeit ab dem 1.1.2008 geltenden â PrÃ¼fvereinbarung gem Â§Â 106 AbsÂ 3 SGB Vâ *(nachfolgend PrÃ¼fV)* regele, dass fÃ¼r das Verfahren vor den AusschÃ¼ssen ergÃ¤nzend die einschlÃ¤gigen Vorschriften des SGBÂ X und des SGG gelten. Demzufolge fÃ¤nde Â§Â 122 SGG Anwendung, wonach fÃ¼r die Niederschriften die Â§Â§Â 159 bis 165 ZPO gelten. Nach Â§Â 163 ZPO sei die Niederschrift aber nur durch den Vorsitzenden und den Urkundsbeamten der GeschÃ¤ftsstelle zu unterzeichnen. Selbst wenn man die Auffassung vertreten wollte, dass der Vergleich mangels Unterschrift des KlÃ¤gers nicht ordnungsgemÃ¤Ã protokolliert sei, wÃ¤re der Vergleichsvertrag durch das eigenhÃ¤ndig unterzeichnete Schreiben des KlÃ¤gers vom 21.10.2014 wirksam zustande gekommen.

Â

11

Der Beklagte beantragt,
das Urteil des Hessischen LSG vom 12.2.2020 aufzuheben und die Berufung des KlÃ¤gers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Marburg vom 3.4.2017 zurÃ¼ckzuweisen.

Â

12

Der KlÃ¤ger beantragt,
die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

Â

13

Er verteidigt die angefochtene Entscheidung. Eine Verletzung des rechtlichen GehÃ¶rs liege nicht vor. Das Sach- und StreitverhÃ¤ltnis sei in der Sitzung vom 12.2.2020 ausfÃ¼hrlich erÃ¶rtert worden. Auf den Hinweis des Senats habe der Beklagte die Gelegenheit zur ÃuÃerung gehabt. Bereits in der

BerufungsbegrÃ¼ndung sei die Frage des wirksamen Abschlusses des Vergleichs thematisiert worden. Der Vergleich sei formnichtig. Das Schreiben des KlÃ¤gers vom 21.10.2014 stelle gerade keine Genehmigung der Protokollierung vom 29.2.2012 dar, da dieser darin dem Vergleich erneut widersprochen habe.

Â

14

Die Beigeladenen stellen keine AntrÃ¤ge.

Â

II

Â

15

Die Revision des Beklagten hat Erfolg. Das SG hat die Klage zu Recht abgewiesen. Der KlÃ¤ger hat entgegen der Auffassung des LSG keinen Anspruch auf die begehrte Feststellung der Unwirksamkeit der geschlossenen Vergleichsvereinbarung. Das Widerspruchsverfahren, das die Bescheide der PrÃ¼fungsstelle der Ãrzte und Krankenkassen in Hessen vom 20.6.2011 und vom 19.8.2011 zum Gegenstand hatte, ist durch den am 29.2.2012 geschlossenen Vergleich beendet worden.

Â

16

A.Â Die kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage ist zulÃ¤ssig. Der KlÃ¤ger begehrt die Aufhebung des Bescheides des Beschwerdeausschusses vom 22.9.2015, mit dem dieser festgestellt hat, dass das Widerspruchsverfahren durch die in der Sitzung des Widerspruchsausschusses am 29.2.2012 geschlossene Vereinbarung abgeschlossen worden ist. ErgÃ¤nzend hat der Beklagte den Widerspruch zurÃ¼ckgewiesen. Die ZulÃ¤ssigkeit des Feststellungsantrags hÃ¤ngt in diesem Fall nicht davon ab, ob der KlÃ¤ger sein Begehren mÃ¶glicherweise auch mit einer Anfechtungs- und Verpflichtungsklage hÃ¤tte erreichen kÃ¶nnen, indem er eine Neubescheidung mit der MaÃgabe begehrt, dass die Beklagte seinen Widerspruch nicht als unzulÃ¤ssig hÃ¤tte zurÃ¼ckweisen dÃ¼rfen, sondern in der Sache zu entscheiden hat *(zur ZulÃ¤ssigkeit dieser Verfahrensweise vgl BSG Urteil vom 11.5.2011 â*Â BÂ 6Â KA 13/10Â RÂ *â* BSGE 108, 175 *=Â SozR 4â2500 Â§Â 106 NrÂ 32, RdNrÂ 38)*. Zwar gilt der Grundsatz der SubsidiaritÃ¤t der Feststellungsklage auch im sozialgerichtlichen Verfahren, obwohl er â*Â anders als in Â§Â 43 AbsÂ 2 VwGO und Â§Â 41 AbsÂ 2 FGOÂ *â* keinen ausdrÃ¼cklichen Niederschlag im Gesetzeswortlaut gefunden hat *(stRspr, vgl BSG Urteil vom 2.7.2013 â*Â BÂ 4Â AS 74/12Â RÂ *â* SozR 4â4200 Â§Â 6b NrÂ 2 RdNrÂ 24*

mwN). Dieser gilt jedoch bei Feststellungsklagen gegen juristische Personen des Ã¶ffentlichen Rechts nur eingeschrÃ¤nkt, da angenommen werden kann, dass solche Beklagte aufgrund ihrer verfassungsrechtlich verankerten Bindung an Gesetz und Recht *(ArtÂ 20 AbsÂ 3 GG)* rechtskrÃ¤ftigen (feststellenden) Urteilen auch ohne Vollstreckungsdruck nachkommen *(vgl BSG Urteil vom 2.7.2013 â□□Â* BÂ 4Â AS 74/12Â R*Â â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 6b NrÂ 2 RdNrÂ 24; BSG Urteil vom 14.5.2014 â□□Â* BÂ 6Â KA 21/13Â R*Â â□□* BSGE 116, 1 *=Â SozR 4â□□2500 Â§Â 34 NrÂ 14, RdNrÂ 20, jeweils mwN)*. Nachdem der Beklagte im angefochtenen Widerspruchsbescheid ausdrÃ¼cklich die Feststellung getroffen hat, dass das Widerspruchsverfahren durch einen am 29.2.2012 geschlossenen Vergleich abgeschlossen worden ist, kann dem KlÃ¤ger ein berechtigtes Interesse daran, dass das Gericht neben der Aufhebung des Widerspruchsbescheides eine ausdrÃ¼ckliche Feststellung zur Frage der Wirksamkeit der geschlossenen Vereinbarung trifft, nicht abgesprochen werden. Erweist sich im Klageverfahren, dass Feststellungen eines Verwaltungsakts zum Bestehen oder Nichtbestehen eines RechtsverhÃ¤ltnisses nicht der wahren Rechtslage entsprechen, ist die GewÃ¤hrung von Rechtsschutz nicht darauf beschrÃ¤nkt, nach Aufhebung dieses Verwaltungsakts die BehÃ¶rde zur Feststellung der zutreffenden Rechtslage in einem neuen Verwaltungsakt zu verpflichten. Vielmehr besteht die originÃ¤re Aufgabe der Rechtsprechung darin, im Einzelfall die Rechtslage verbindlich zu klÃ¤ren *(BSG Urteil vom 11.9.2019 â□□Â* BÂ 6Â KA 2/18Â R*Â â□□ SozR 4â□□2500 Â§Â 95 NrÂ 38 RdNrÂ 26 mwN)*. Insoweit ist die Erwartung gerechtfertigt, dass der Streitfall mit der gerichtlichen Feststellung einer KlÃ¤rung zugefÃ¼hrt werden kann *(vgl zu diesem Kriterium BSG Urteil vom 2.7.2013 â□□Â* BÂ 4Â AS 74/12Â R*Â â□□ SozR 4â□□4200 Â§Â 6b NrÂ 2 RdNrÂ 24 mwN; Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, SGG, 13.Â Aufl 2020, Â§Â 55 RdNrÂ 19c; zur MÃ¶glichkeit von Krankenkassen und KassenÃ¤rztlichen Vereinigungen, die gerichtliche Feststellung der Unwirksamkeit eines vom Beschwerdeausschuss geschlossenen Vergleichs geltend zu machen vgl BSG Urteil vom 28.4.2004 â□□Â* BÂ 6Â KA 8/03Â R *Â â□□* BSGE 92, 283 *=Â* SozR 4â□□2500 Â§Â 106 NrÂ 5*)* und der Beklagte hat auch keinen Zweifel daran erkennen lassen, dass er einer gerichtlichen Feststellung der Nichterledigung des Verfahrens Rechnung tragen und eine Sachentscheidung treffen wÃ¼rde.

Â

17

B.Â Die Klage ist jedoch nicht begrÃ¼ndet. Entgegen der Auffassung des LSG ist der Bescheid des Beklagten vom 22.9.2015 nicht zu beanstanden. Der Beklagte hat darin zu Recht festgestellt, dass das Widerspruchsverfahren gegen den Bescheid der PrÃ¼fungsstelle der Ã□rzte und Krankenkassen in Hessen vom 20.6.2011, korrigiert durch Bescheid vom 19.8.2011, durch den Vergleich vom 29.2.2012 erledigt ist.

Â

18

1.Â Der vom KlÃ¤ger am 29.2.2012 mit dem Beklagten geschlossene Vergleich ist wirksam. Es handelt sich bei ihm um einen Ã¶ffentlich-rechtlichen Vertrag iS der Â§Â§Â 53 ff SGBÂ X und seine rechtliche Beurteilung hat nach MaÃgabe dieser Vorschriften zu erfolgen. GrundsÃ¤tzliche Bedenken, Verfahren der WirtschaftlichkeitsprÃ¼fung nach Â§Â§Â 106 ff SGBÂ V durch Vergleiche zu erledigen, bestehen nicht und dieses Vorgehen entspricht auch einer seit Jahrzehnten geÃ¼bten Praxis *(vgl BSG Urteil vom 28.4.2004 â*Â BÂ 6Â KA 8/03Â R *Â â* BSGE 92, 283 =Â SozR 4â2500 Â§Â 106 NrÂ 5 *RdNrÂ 27)*. GemÃ¤Ã Â§Â 53 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ X kann ein RechtsverhÃ¤ltnis auf dem Gebiet des Ã¶ffentlichen Rechts durch Vertrag begrÃ¼ndet, geÃ¤ndert oder aufgehoben werden (Ã¶ffentlich-rechtlicher Vertrag), soweit Rechtsvorschriften nicht entgegenstehen. Insbesondere kann die BehÃ¶rde, anstatt einen Verwaltungsakt zu erlassen, einen Ã¶ffentlich-rechtlichen Vertrag mit demjenigen schlieÃen, an den sie sonst den Verwaltungsakt richten wÃ¼rde *(Â§Â 53 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ X)*. Eine Sonderform des subordinationsrechtlichen Vertrages iS des Â§Â 53 AbsÂ 1 Satz 2 SGBÂ X stellt der Vergleichsvertrag gemÃ¤Ã Â§Â 54 SGBÂ X dar, durch den eine bei verstÃ¤ndiger WÃ¼rdigung des Sachverhalts oder der Rechtslage bestehende Ungewissheit durch gegenseitiges Nachgeben beseitigt wird. Einen solchen Vergleichsvertrag, fÃ¼r den die allgemeinen Voraussetzungen fÃ¼r einen Ã¶ffentlich-rechtlichen Vertrag gelten, haben die Beteiligten hier geschlossen. GemÃ¤Ã Â§Â 8 SGBÂ X kann ein Verwaltungsverfahren auch auf den Abschluss eines Ã¶ffentlich-rechtlichen Vertrages gerichtet sein; mit dem Zustandekommen des Vertrages findet es dann auch seinen Abschluss. Die Beendigung tritt auch ein, wenn sich die Zielrichtung der BehÃ¶rde geÃ¤ndert hat und nun nicht mehr auf den Erlass eines Bescheides, sondern auf den Abschluss eines Ã¶ffentlich-rechtlichen Vertrages gerichtet ist *(Roller in SchÃ¼tze, SGB X,Â 9.Â Aufl 2020, Â§Â 8 RdNrÂ 10)*.

Â

19

2.Â Der Beklagte durfte durch Widerspruchsbescheid Ã¼ber die zwischen den Beteiligten umstrittene Beendigung des Verfahrens entscheiden. Dem steht nicht entgegen, dass der KlÃ¤ger auch die MÃ¶glichkeit gehabt hÃ¤tte, ohne einen Widerspruchsbescheid mit der Feststellungsklage *(vgl dazu zB Engelmann in SchÃ¼tze, SGBÂ X, 9.Â Aufl 2020, Â§Â 58 RdNrÂ 28 mwN)* oder mit einer Klage auf Erlass eines Widerspruchsbescheides *(W.-R. Schenke in Kopp/Schenke, VwGO, 26.Â Aufl 2020, Â§Â 73 RdNrÂ 2)* geltend zu machen, dass der Vertrag nichtig ist und dass das Verwaltungsverfahren deshalb nicht nach Â§Â 8 SGBÂ X durch Ã¶ffentlich-rechtlichen Vertrag abgeschlossen worden ist. Der KlÃ¤ger hat hier gegenÃ¼ber der Beklagten auf einer Entscheidung beharrt und geltend gemacht, dass das Widerspruchsverfahren nicht durch die Vereinbarung vom 29.2.2012 beendet worden ist. Jedenfalls unter diesen UmstÃ¤nden war der Beklagte berechtigt, Ã¼ber die Beendigung des Verwaltungsverfahrens zu entscheiden. In einer solchen Konstellation gilt fÃ¼r die Frage der Beendigung des Verwaltungsverfahrens Vergleichbares wie fÃ¼r die Beendigung eines gerichtlichen Verfahrens: Wenn der KlÃ¤ger in einem gerichtlichen Verfahren, das durch einen Vergleich beendet worden ist, geltend macht, dass dieser nicht wirksam

geschlossen worden ist, dann stellt das Gericht, vor dem der Vergleich geschlossen worden ist, gegebenenfalls die vergleichsweise Beendigung des Verfahrens durch Endurteil fest; anderenfalls ist in dem dann anhÃ¤ngig gebliebenen Rechtsstreit auch Ã¼ber die Berechtigung der von dem KlÃ¤ger ursprÃ¼nglich geltend gemachten AnsprÃ¼che zu entscheiden *(BGH Urteil vom 18.9.1996 â□□Â* VIIIÂ ZB 28/96*Â â□□* NJW 1996, 3345*; BVerwG Urteil vom 10.3.2010 â□□Â* 6Â C 15/09*Â â□□ juris RdNrÂ 11)*. Dieselbe Funktion erfÃ¼llt bei einem Streit um die Frage, ob das Widerspruchsverfahren beendet ist, ein fÃ¶rmlicher Bescheid Ã¼ber die Einstellung des Widerspruchsverfahrens *(vgl BVerwG Urteil vom 15.7.1980 â□□Â* IÂ C 54.75 *Â â□□* DVBl 1980, 960*; Geis in Sodan/Ziekow, VwGO, 5.Â Aufl 2018, Â§Â 73 RdNrÂ 39; HÃ¼ttenbrink in Posser/Wolff, BeckOK VwGO, Â§Â 73 RdNrÂ 12, Stand 1.4.2020; Rennert in Eyermann, VwGO, 15.Â Aufl 2019, Â§Â 73 RdNrÂ 11; W.-R. Schenke in Kopp/Schenke, VwGO, 26.Â Aufl 2020, Â§Â 73 RdNrÂ 2; Huxholl, Die Erledigung eines Verwaltungsakts im Widerspruchsverfahren, 1995, SÂ 243Â f; aA Porsch in Schoch/Schneider, VwGO, 39. El Juli 2020, Â§Â 73 RdNrÂ 42, der davon ausgeht, dass alleine die formlose Einstellung des Verfahrens in Betracht komme und ein trotz Erledigung ergangener Widerspruchsbescheid in der Sache rechtswidrig und auf die isolierte Anfechtungsklage des WiderspruchsfÃ¼hrers aufzuheben sei)* oder â□□Â wie hierÂ â□□ ein Bescheid, mit dem die Beendigung des Widerspruchsverfahrens durch den Vergleich festgestellt und der aufrechterhaltene Widerspruch mangels RechtsschutzbedÃ¼rfnisses fÃ¶rmlich zurÃ¼ckgewiesen wird.

Â

20

3.Â Entgegen der Auffassung des LSG ist der am 29.2.2012 geschlossene Vergleichsvertrag nicht wegen VerstoÃ□es gegen das Schriftformerfordernis des Â§Â 56 SGB�â X in Anwendung *(vgl* Â§Â 58 AbsÂ 1 SGBÂ X*)* von Â§Â 125 SatzÂ 1 BGB nichtig.

Â

21

a) GemÃ¤Ã□ Â§Â 56 SGBÂ X ist ein Ã¶ffentlich-rechtlicher Vertrag schriftlich zu schlieÃ□en, soweit nicht durch Rechtsvorschrift eine andere Form vorgeschrieben ist. Â§Â 56 SGBÂ X ist lex specialis zu Â§Â 9 SGBÂ X, der die grundsÃ¤tzliche NichtfÃ¶rmlichkeit des Verwaltungsverfahrens regelt. Das Schriftformerfordernis hat eine Warnfunktion in dem Sinne, dass die Vertragsparteien vor einem Ã¼bereilten Vertragsabschluss geschÃ¼tzt werden sowie Beweisfunktion und wirkt damit Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten entgegen *(Becker in Hauck/Noftz, SGBÂ X, KÂ Â§Â 56 RdNrÂ 2Â f, Stand 09/14; Diering in ders/Timme/StÃ¤hler, SGBÂ X, 5.Â Aufl 2019, Â§Â 56 RdNrÂ 3; Nielsson in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGBÂ X, 2.Â Aufl 2017, Â§Â 56 RdNrÂ 22; ebenso zu der mit* Â§Â 56 SGBÂ X *wÃ¶rtlich Ã¼bereinstimmenden Regelung in* Â§Â 57 VwVfG*: BVerwG Urteil vom 24.8.1994 â□□Â* 11Â C 14/93*Â â□□* BVerwGE 96, 326*, 333 =Â juris RdNrÂ 22;*

BVerwG Urteil vom 19.5.2005 â□□Â 3Â A 3/04Â â□□ NVwZ 2005, 1083 =Â juris RdNrÂ 16). Es dient auch der Abschlussklarheit, um bloÃ□e Vertragsverhandlungen vom Vertragsschluss abzugrenzen *(Diering in ders/Timme/StÃ¤hler, SGBÂ X, 5.Â Aufl 2019, Â§Â 56 RdNrÂ 3; Nielsson in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGBÂ X, 2.Â Aufl 2017, Â§Â 56 RdNrÂ 24; Wehrhahn in KassKomm, Stand der ErgLief Oktober 2014, Â§Â 56 SGBÂ X RdNrÂ 2)*.

Â

22

Â§Â 56 SGBÂ X enthÃ¤lt selbst keine Definition, was unter â□□schriftlichâ□□ zu verstehen ist. Es sind daher gemÃ¤Ã□ Â§Â 61 SatzÂ 2 SGBÂ X die Regelungen des BGB entsprechend anzuwenden *(vgl BSG Urteil vom 16.12.2015 â□□Â BÂ 6Â KA 39/15Â RÂ â□□ SozR 4-5531 NrÂ 40100 NrÂ 1 RdNrÂ 23; Engelmann in SchÃ¼tze, SGBÂ X, 9.Â Aufl 2020, Â§Â 56 RdNrÂ 6; Nielsson in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB X, 2.Â Aufl 2017, Â§Â 56 RdNrÂ 30)*. Nach Â§Â 126 AbsÂ 1 BGB muss, wenn durch Gesetz die schriftliche Form vorgeschrieben ist, die Urkunde von dem Aussteller eigenhÃ¤ndig durch Namensunterschrift oder mittels notariell beglaubigten Handzeichens unterzeichnet werden. Dies gilt gemÃ¤Ã□ Â§Â 61 SatzÂ 2 SGBÂ X fÃ¼r Ã¶ffentlichâ□□rechtliche VertrÃ¤ge iS der Â§Â§Â 54 ff SGBÂ X entsprechend *(vgl Engelmann in SchÃ¼tze, SGB X, 9.Â Aufl 2020, Â§Â 56 RdNrÂ 6; BSG Urteil vom 23.3.2011 â□□Â BÂ 6Â KA 9/10Â RÂ â□□ SozR 4â□□2500 Â§Â 84 NrÂ 2 RdNrÂ 20)*.

Â

23

b)Â Der Vergleich vom 29.2.2012 wurde in die Niederschrift der Sitzung des Beschwerdeausschusses aufgenommen, welche vom Vorsitzenden des Beschwerdeausschusses und dem SchriftfÃ¼hrer unterzeichnet wurde. Eine Namensunterschrift des KlÃ¤gers oder eines BevollmÃ¤chtigten des KlÃ¤gers enthÃ¤lt die Niederschrift nicht. Damit existiert keine von beiden Vertragspartnern unterzeichnete, den Anforderungen des Â§Â 126 AbsÂ 2 SatzÂ 1 BGB entsprechende einheitliche Urkunde. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob und unter welchen Voraussetzungen Ausnahmen vom Grundsatz der Urkundeneinheit *(vgl dazu Nielsson in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB X, 2.Â Aufl 2017, Â§Â 56 RdNrÂ 62; Engelmann in SchÃ¼tze, SGBÂ X, 9.Â Aufl 2020, Â§Â 56 RdNrÂ 12 ff)*, mÃ¶glich sind. Selbst wenn davon auszugehen wÃ¤re, dass die Schriftform durch einen Schriftwechsel der Beteiligten erfÃ¼llt werden kÃ¶nnte *(offengelassen: BVerwG Urteil vom 24.8.1994 â□□Â 11Â C 14/93Â â□□ BVerwGE 96, 326, 332 =Â juris RdNrÂ 21; ablehnend: OVG Niedersachsen Urteil vom 25.7.1997 â□□Â 1Â L 5856/95 Â â□□ NJW 1998, 2921)*, wÃ¤ren diese Voraussetzungen hier entgegen der Auffassung des Beklagten nicht erfÃ¼llt. Der Beklagte verweist insoweit auf ein Schreiben des KlÃ¤gers vom 21.10.2014, dem ein Schreiben des KlÃ¤gers vom 29.9.2014 beigefÃ¼gt war. In beiden Dokumenten bringt der KlÃ¤ger zum Ausdruck, dass er dem Vergleich in der Sitzung am 29.2.2012 nur deshalb zugestimmt habe, weil ihm â□□angedrohtâ□□ worden sei, dass es anderenfalls teuer

werden wÃ¼rde; es sei versÃ¤umt worden, auch die NettobetrÃ¤ge des Regresses zu erÃ¶rtern. Damit rÃ¤umt der KlÃ¤ger zwar ein, der Vereinbarung in der Sitzung zugestimmt zu haben. Eine schriftliche BestÃ¤tigung kann in den Schreiben vom 21.10.2014 und vom 29.9.2014 aber keinesfalls gesehen werden. Vielmehr bringt der KlÃ¤ger eindeutig zum Ausdruck, an dem in der Sitzung erteilten EinverstÃ¤ndnis nicht festhalten zu wollen.

Â

24

c) Das Schriftformerfordernis ist hier aber dadurch gewahrt, dass der Text des Vergleichs vom Vorsitzenden des Beklagten in Gegenwart des KlÃ¤gers in eine Niederschrift aufgenommen worden, vorgelesen und vom KlÃ¤ger in der Sitzung am 29.2.2012 genehmigt worden ist. Zwar kann die Beklagte nicht mit Erfolg geltend machen, dass aus der PrÃ¼fV Formerleichterungen folgen wÃ¼rden (nachfolgend). Bei der nach Â§Â 61 SatzÂ 2 SGBÂ X gebotenen entsprechenden Anwendung der Vorschriften des BGB kann das Schriftformerfordernis des Â§Â 56 SGBÂ X jedoch auch durch die Aufnahme des Vertragstextes zur Niederschrift der BehÃ¶rde erfÃ¼llt werden; die dafÃ¼r maÃgebenden Voraussetzungen sind hier erfÃ¼llt (nachfolgend).

Â

25

(1) Der Beklagte macht geltend, dass das Schriftformerfordernis fÃ¼r Ã¶ffentlich-rechtliche VertrÃ¤ge nach Â§Â 56 SGBÂ X nur unter dem Vorbehalt gelte, dass nicht durch Rechtsvorschrift eine andere Form vorgeschrieben ist. Es besteht jedoch weitgehend Einigkeit darin, dass mit dieser â anderen Formâ in erster Linie weitergehende, also strengere Formen gemeint sind *(vgl Engelmann in SchÃ¼tze, SGBÂ X, 9.Â Aufl 2020, Â§Â 56 RdNrÂ 20 mwN)*. Selbst wenn davon auszugehen wÃ¤re, dass auch Formerleichterungen nicht ausgeschlossen sind *(mit dieser Tendenz: Bonk/Neumann/Siegel in Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG, 9.Â Aufl 2018, Â§Â 57 RdNrÂ 26)*, existieren hier jedenfalls keine Rechtsvorschriften, die solche vorsehen wÃ¼rden. Allein dem Umstand, dass Â§Â 18 AbsÂ 4 SatzÂ 2 PrÃ¼fV die Unterschrift allein des Ausschussvorsitzenden und des ProtokollfÃ¼hrers unter die Niederschrift vorsieht, kann nicht entnommen werden, dass damit fÃ¼r Ã¶ffentlich-rechtliche VertrÃ¤ge, die in die Niederschrift aufgenommen werden, eine andere Form iS des Â§Â 56 SGBÂ X vorgeschrieben wÃ¼rde. Dasselbe gilt fÃ¼r die in Â§Â 30 SatzÂ 1 PrÃ¼fV enthaltene ergÃ¤nzende Verweisung auf â die einschlÃ¤gigen Vorschriften des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGBÂ X) sowie des Sozialgerichtsgesetzes (SGG)â, der entgegen der Auffassung der Beklagten nicht entnommen werden kann, dass â Â abweichend von dem fÃ¼r das Verwaltungsverfahren geltenden Grundsatz der NichtfÃ¶rmlichkeit *(Â§Â 9 SGBÂ X)* Â â Ã¼ber Â§Â 122 SGG die fÃ¼r das gerichtliche Verfahren geltenden Vorschriften des Â§Â 159 bis 165 ZPO entsprechend fÃ¼r die Niederschrift der Sitzung des Beschwerdeausschusses gelten wÃ¼rden.

Â

26

(2) Im Ergebnis wird das Schriftformerfordernis hier jedoch in Ã□bereinstimmung mit der Auffassung des Beklagten durch die Protokollierung des Vergleichs erfÃ¼llt.

Â

27

Nach Â§Â 126 AbsÂ 4 BGB wird die schriftliche Form durch die notarielle Beurkundung und nach Â§Â 127a BGB diese wiederum durch ein nach den Vorschriften der ZPO errichtetes Protokoll ersetzt. FÃ¼r das schiedsrichterliche Verfahren nach Â§Â§Â 1025 ff ZPO ist mit Â§Â 1053 AbsÂ 2 ZPO eine in ihrer Wirkung mit Â§Â 127a BGB vergleichbare Regelung getroffen worden; die Niederschrift durch eine BehÃ¶rde steht dem gerichtlichen Protokoll aber nicht gleich, sodass die Voraussetzungen nach Â§Â 127a BGB durch einen Vergleich, der im verwaltungsrechtlichen Vorverfahren (auch durch einen Ausschussvorsitzenden) protokolliert worden ist, nicht erfÃ¼llt werden *(Arnold in Ermann, BGB, 16. Aufl 2020, Â§Â 127a RdNrÂ 2; Hertel in Staudinger, BGB, 2017, Â§Â 127a RdNrÂ 8)*.

Â

28

Allerdings sind die zivilrechtlichen Vorschriften zu den Anforderungen, die an die ErfÃ¼llung des Schriftformerfordernisses zu stellen sind, nach Â§Â§Â 56, 62 SatzÂ 2 SGBÂ X nur entsprechend anzuwenden. Damit Ã¼bereinstimmend haben sowohl das BSG *(Urteil vom 26.9.1991 â□□Â* 4/1Â RA 33/90*Â â□□* BSGE 69, 238 *=Â* SozR 3â□□1200 Â§Â 52 NrÂ 2 *=Â juris RdNrÂ 24)* als auch das BVerwG *(Urteil vom 24.8.1994 â□□Â* 11Â C 14/93*Â â□□* BVerwGE 96, 326 *=Â juris RdNrÂ 22; Urteil vom 19.5.2005 â□□Â* 3Â A 3/04*Â â□□* NVwZ 2005, 1083 *=Â juris RdNrÂ 16)* die Anforderungen, die entsprechend Â§Â 126 AbsÂ 2 SatzÂ 1 BGB an die Urkundeneinheit zu stellen sind, bezogen auf den Ã¶ffentlich-rechtlichen Vertrag eigenstÃ¤ndig definiert. Formvorschriften seien nicht Selbstzweck und deshalb unter BerÃ¼cksichtigung ihres Sinngehalts auszulegen und anzuwenden *(BVerwG Urteil vom 24.8.1994 â□□Â* 11Â C 14/93*Â â□□* BVerwGE 96, 326*, 333 =Â juris RdNrÂ 22; BVerwG Urteil vom 19.5.2005 â□□Â* 3Â A 3/04*Â â□□* NVwZ 2005, 1083 *=Â juris RdNrÂ 16; BVerwG Beschluss vom 28.1.2010 â□□Â* 9Â B 46/09*Â â□□ juris RdNrÂ 3)*. FÃ¼r das Schriftformerfordernis sprechen danach neben der Warnfunktion vor allem BeweisgrÃ¼nde; dem BÃ¼rger sollen vor allem Nachweisschwierigkeiten bei AnsprÃ¼chen gegen die Verwaltung erspart werden *(BVerwG Urteil vom 24.8.1994 â□□Â* 11Â C 14/93*Â â□□* BVerwGE 96, 326*, 333Â f =Â juris RdNrÂ 22 unter Hinweis auf die BegrÃ¼ndung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung eines VwVfG,* BT-Drucks 7/910 SÂ 81 *zu Â§Â 53 â□□Â Schriftform)*.

Â

29

Zu der Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen das Schriftformerfordernis bei der gebotenen entsprechenden Anwendung der Vorschriften des BGB auch durch eine behÃ¶rdliche Niederschrift erfÃ¼llt werden kann, haben sich soweit ersichtlich bisher weder das BSG noch das BVerwG geÃ¤uÃ□ert. In weiten Teilen der Kommentarliteratur zu dem mit Â§Â 56 SGBÂ X wÃ¶rtlich Ã¼bereinstimmenden Â§Â 57 VwVfG wird die Auffassung vertreten, dass die Schriftform nach dieser Vorschrift auch gewahrt wird, wenn der Vertrag zur Niederschrift einer BehÃ¶rde aufgenommen wird *(Bonk/Neumann/Siegel in Stelkens/Bonk/Leonhard, VwVfG, 9.Â Aufl 2018, Â§Â 57 RdNrÂ 13; Fehling in ders/Kastner/StÃ¶rmer, HK-VerwR,* Â§Â 57 VwVfG *RdNrÂ 23; Mann in ders/Sennekamp/Uechtritz, VwVfG, 2.Â Aufl. 2019, Â§Â 57 RdNrÂ 14; Schliesky in Knack/Henneke, VwVfG, 11.Â Aufl 2020, Â§Â 57 RdNrÂ 20; Reinker in Bauer/Heckmann/Ruge/Schallbruch/Schulz, VwVfG und E-Government, 2.Â Aufl. 2014, Â§Â 57 RdNrÂ 12; Spieth in Bader/Ronellenfitsch, VwVfG, 2.Â Aufl 2016, Â§Â 57 RdNrÂ 12; Tegethoff in Kopp/Ramsauer, VwVfG, 21.Â Aufl 2020, Â§Â 57 RdNrÂ 11)*. Davon geht jedenfalls im Grundsatz auch die Ã¼berwiegende (verÃ¶ffentlichte) instanzgerichtliche Rspr aus *(vgl OVG Saarland Beschluss vom 24.4.1990 â□□Â* 1Â R 77/89*Â â□□ juris RdNrÂ 13 ff; VG Stuttgart Urteil vom 30.9.2010 â□□Â* 2Â K 3353/08*Â â□□ juris RdNrÂ 69; SÃ¤chsisches OVG Urteil vom 4.5.2011 â□□Â* 5Â A 719/08*Â â□□ juris RdNrÂ 34; offen gelassen: OVG Berlin Urteil vom 28.4.2004 â□□Â* 1Â B 14.03*Â â□□ juris RdNrÂ 30; aA jedoch ohne Befassung mit davon abweichenden Auffassungen in Literatur und Rspr: Hessischer VGH Urteil vom 15.2.1996 â□□Â* 5Â UE 2836/95*Â â□□* ESVGH 46, 169 *=Â juris RdNrÂ 50 ff, 57)*.

Â

30

Zur BegrÃ¼ndung dafÃ¼r, dass bezogen auf den Ã¶ffentlichâ□□rechtlichen Vertrag die Schriftform auch durch die Aufnahme des Vertragstextes zur Niederschrift der BehÃ¶rde erfÃ¼llt werden kÃ¶nne, verweist Tegethoff *(in Kopp/Ramsauer, VwVfG, 21.Â Aufl 2020, Â§Â 57 RdNrÂ 11)* auf die BegrÃ¼ndung zum Musterentwurf eines Verwaltungsverfahrensgesetzes aus dem Jahre 1963, der in Â§Â 43 bereits eine mit dem heute geltenden Â§Â 57 VwVfG fast wÃ¶rtlich Ã¼bereinstimmende Regelung enthielt. Die BegrÃ¼ndung dieses Gesetzentwurfs zu Â§Â 43 endet mit den SÃ¤tzen: â□□Keiner besonderen Regelung bedarf der Fall, daÃ□ der Vertrag zur Niederschrift aufgenommen wird. Denn wird diese Niederschrift unterschrieben, so wird auch dieser Fall von der Schriftform umfaÃ□t. Wegen der Folgen der Nichtbeachtung der Schriftform wird auf die BegrÃ¼ndung zu Â§Â 45 SatzÂ 1 Nr.Â 5 hingewiesen.â□□ Auch wenn die Formulierung insoweit nicht ganz eindeutig ist, spricht viel dafÃ¼r, dass damit nicht der â□□Â in der Praxis ungewÃ¶hnlicheÂ â□□ Fall gemeint war, dass die behÃ¶rdliche Niederschrift von beiden Vertragspartnern unterschrieben worden ist, sondern dass es um die Ã¼bliche allein von BehÃ¶rdenseite unterschriebene Niederschrift geht. Allerdings ist gerade dieser Teil der BegrÃ¼ndung nicht in die BegrÃ¼ndung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung eines VwVfG *(*BT-Drucks 7/910, SÂ 81*, zu Â§Â 53 des*

Entwurfs) Ã¼bernommen worden. Zudem spricht insbesondere die Warnfunktion des Schriftformerfordernisses dagegen, dass das Schriftformerfordernis des Â§Â 56 SGBÂ X durch jede Form der behÃ¶rdlichen Protokollierung erfÃ¼llt werden kÃ¶nnte.

Â

31

Einer entsprechenden Anwendung der in Â§Â 127a BGB fÃ¼r den gerichtlichen Vergleich getroffenen Regelung auf den im Verwaltungsverfahren geschlossenen Vergleich steht aber nach Auffassung des Senats unter BerÃ¼cksichtigung von Sinn und Zweck des fÃ¼r Ã¶ffentlich-rechtliche VertrÃ¤ge geltenden Schriftformerfordernisses nach Â§Â 56 SGB X nichts entgegen, wenn die Niederschrift in einem formalisierten Verfahren durch die vertragschlieÃ□ende BehÃ¶rde aufgenommen wird und auÃ□erdem den nach Â§Â 127a BGB iVm Â§Â 162 AbsÂ 1 ZPO fÃ¼r den gerichtlichen Vergleich geltenden formalen Anforderungen genÃ¼gt *(ebenso zur erforderlichen ErfÃ¼llung der genannten formalen Anforderungen: OVG Saarland Beschluss vom 24.4.1990 â□□Â 1Â R 77/89Â â□□ juris RdNrÂ 13 ff; vgl auch SÃ¤chsisches OVG Urteil vom 4.5.2011 â□□Â 5Â A 719/08 Â â□□ juris RdNrÂ 34)*. Danach ist ein Protokoll insoweit, als es einen Vergleich *(* Â§Â 162 AbsÂ 1 SatzÂ 1 *iVm* Â§Â 160 AbsÂ 3 NrÂ 1 ZPO*)* enthÃ¤lt, den Beteiligten vorzulesen oder zur Durchsicht vorzulegen. Nach Â§Â 162 AbsÂ 1 SatzÂ 3 ZPO ist in dem Protokoll zu vermerken, dass dies geschehen und die Genehmigung erteilt ist oder welche Einwendungen erhoben worden sind.

Â

32

Die genannten Voraussetzungen sind hier erfÃ¼llt. Die Gesamtvertragspartner haben in der PrÃ¼fV Regelungen zum Ablauf des PrÃ¼fverfahrens getroffen und dabei auch Einzelheiten zur DurchfÃ¼hrung der Verhandlung des Beschwerdeausschusses einschlieÃ□lich der mÃ¼ndlichen AnhÃ¶rung geregelt. Dabei kommt es im vorliegenden Zusammenhang nicht darauf an, dass keine gesetzliche ErmÃ¤chtigung zur Regelung des Verwaltungsverfahrens nach Â§Â 8 SGBÂ X in PrÃ¼fvereinbarungen besteht *(vgl BSG Beschluss vom 30.9.2020 â□□Â BÂ 6Â KA 7/20Â BÂ â□□ juris RdNrÂ 12 mwN; BSG Urteil vom 27.6. 2001 â□□Â BÂ 6Â KA 66/00Â RÂ â□□* SozR 3â□□2500 Â§Â 106 NrÂ 53 *RdNrÂ 21)* und dass die Gesamtvertragspartner insbesondere nicht berechtigt sind, verfahrensmÃ¤Ã□ige Anforderungen im PrÃ¼fungsablauf aufzustellen, die in starkem MaÃ□e vom gesetzlichen Leitbild eines typischen Verwaltungsverfahrens im Bereich des SGB abweichen und die damit dazu fÃ¼hren kÃ¶nnen, dass einzelne VertragsÃ¤rzte faktisch keiner WirtschaftlichkeitsprÃ¼fung unterliegen *(zu Anforderungen an die Wirksamkeit eines PrÃ¼fantrags: BSG Urteil vom 27.6.2001 â□□Â* BÂ 6Â KA 66/00Â R*Â â□□* SozR 3â□□2500 Â§Â 106 NrÂ 53 *RdNrÂ 29)*. Darum geht es hier nicht und es kommt auch nicht darauf an, dass der Beklagte durch die PrÃ¼fV nicht verpflichtet werden kann, eine mÃ¼ndliche AnhÃ¶rung des KlÃ¤gers

durchzufÃ¼hren *(vgl BSG Beschluss vom 30.9.2020 â□□Â* BÂ 6Â KA 7/20Â BÂ *â□□ juris RdNrÂ 12)*. Ausschlaggebend ist vielmehr, dass der Beklagte diese AnhÃ¶rung tatsÃ¤chlich durchgefÃ¼hrt hat. Der KlÃ¤ger ist dazu geladen worden, sodass er nicht Ã¼berraschend mit dem Gegenstand des Verfahrens konfrontiert wurde. Damit hatte er auch die MÃ¶glichkeit, sich von einem Rechtsanwalt begleiten zu lassen. In Ã□bereinstimmung mit Â§Â 18 AbsÂ 4 SatzÂ 1 undÂ 2 PrÃ¼fV ist Ã¼ber die Sitzung eine Niederschrift gefertigt worden, aus der die Namen der Sitzungsteilnehmer, die wesentlichen ErklÃ¤rungen und Feststellungen sowie die getroffenen Entscheidungen hervorgehen. Das Sitzungsprotokoll ist im Einklang mit Â§Â 18 AbsÂ 1 SatzÂ 3 PrÃ¼fV vom Vorsitzenden des Ausschusses und vom ProtokollfÃ¼hrer unterzeichnet worden. Mit der â□□Â in der PrÃ¼fV nicht ausdrÃ¼cklich geregeltenÂ â□□ Aufnahme des Inhalts des in der Verhandlung geschlossenen Vergleichs in das Protokoll, dem Verlesen des Textes der Vereinbarung und dessen Genehmigung werden ferner die fÃ¼r gerichtliche Protokolle in Â§Â 162 AbsÂ 1 SatzÂ 1 ZPO geregelten formellen Anforderungen eingehalten.

Â

33

Unter diesen UmstÃ¤nden werden nach Auffassung des Senats auch die gemÃ¤Ã□ Â§Â 56 SGBÂ X an die Schriftform eines Ã¶ffentlich-rechtlichen Vertrags zu stellenden formellen Anforderungen erfÃ¼llt. Der Warnâ□□ und Beweisfunktion des Schriftformerfordernisses wird in ausreichender Weise Rechnung getragen. Das gilt jedenfalls fÃ¼r den hier betroffenen Bereich der WirtschaftlichkeitsprÃ¼fung, aber auch fÃ¼r vertragsÃ¤rztliche Zulassungsverfahren, in denen paritÃ¤tisch mit Vertretern von Ã□rzten und Krankenkassen besetzte Gremien Ã¼ber WidersprÃ¼che entscheiden, weil der bereits aus dem formalisierten Verfahren folgende Schutz des Arztes vor Ã¼bereilten Entscheidungen und vor Nachweisproblemen durch diese Zusammensetzung der Entscheidungsgremien noch einmal verstÃ¤rkt wird.

Â

34

4.Â Den am 29.2.2012 geschlossenen Ã¶ffentlich-rechtlichen Vertrag konnte der KlÃ¤ger auch nicht â□□Â mit der Folge des rÃ¼ckwirkenden Eintritts der Nichtigkeit *(*Â§Â 61 SatzÂ 2 SGBÂ X *iVm* Â§Â 142 AbsÂ 1 BGB*)Â â□□* anfechten. Wie das SG bereits zutreffend entschieden hat, lagen weder die Voraussetzungen einer Anfechtung wegen TÃ¤uschung oder Drohung *(*Â§Â 61 SatzÂ 2 SGBÂ X *iVm* Â§Â 123 AbsÂ 1 BGB*)* noch die Voraussetzungen einer Anfechtung wegen Irrtums *(*Â§Â 61 SatzÂ 2 SGBÂ X *iVm* Â§Â 119 BGB*)* vor. Auch ist der Vergleichsvertrag nicht nach Â§Â 58 AbsÂ 1 SGBÂ X iVm Â§Â 779 AbsÂ 1 BGB unwirksam. Das kann der Senat selbst entscheiden, obwohl sich das LSG dazu â□□Â nach seiner Rechtsauffassung folgerichtigÂ â□□ nicht geÃ¤uÃ□ert hat. TatsÃ¤chliche Feststellungen sind insoweit nicht (mehr) zu treffen.

Â

35

a)Â GemÃ¤Ã Â§Â 123 AbsÂ 1 BGB kann, wer zur Abgabe einer WillenserklÃ¤rung durch arglistige TÃ¤uschung oder widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist, die ErklÃ¤rung mit der Folge der Nichtigkeit des RechtsgeschÃ¤fts *(Â§Â 142 AbsÂ 1 BGB)* anfechten. TÃ¤uschung ist die vorsÃ¤tzliche Erregung, BestÃ¤rkung oder Aufrechterhaltung eines Irrtums, sei es durch das Vorspiegeln falscher oder das Verschweigen wahrer Tatsachen, um den Willensentschluss des GetÃ¤uschten zu beeinflussen *(vgl BGH Urteil vom 22.2.2005 â Â XÂ ZR 123/03Â â NJW-RR 2005, 1082 =Â juris RdNrÂ 11; BSG Urteil vom 7.7.2020 â Â BÂ 12Â KR 18/18Â R Â â juris RdNrÂ 14)*. Die TÃ¤uschung ist arglistig, wenn der TÃ¤uschende weiÃ oder damit rechnet und billigend in Kauf nimmt, dass er unredlich handelt, der GetÃ¤uschte dies nicht erkennt und ohne die TÃ¤uschung die WillenserklÃ¤rung nicht oder nicht mit dem geÃ¤uÃerten Inhalt abgegeben hÃ¤tte *(vgl BGH Urteil vom 3.3.1995 â Â VÂ ZR 43/94Â â juris RdNrÂ 16)*.

Â

36

FÃ¼r eine diesen Anforderungen entsprechende TÃ¤uschung des KlÃ¤gers gibt es nach den im Urteil des LSG getroffenen Feststellungen, die auch vom KlÃ¤ger im Revisionsverfahren nicht angegriffen worden sind, sowie nach dem Inhalt der Verwaltungs- und der Prozessakten, auf die das LSG ergÃ¤nzend verwiesen hat, keine Anhaltspunkte. Allein in dem Umstand, dass in dem angefochtenen Bescheid bezogen auf die HÃ¶he des Regresses lediglich die BruttotbetrÃ¤ge (vor Quotierung) bezeichnet worden und damit auch zur Grundlage der AnhÃ¶rung vor dem Beschwerdeausschuss gemacht worden sind, liegt kein Vorspiegeln falscher Tatsachen. Dass die NettobetrÃ¤ge nach Quotierung im Bescheid der PrÃ¼fungsstelle noch nicht ausgewiesen sind, sondern einer Berechnung durch die KÃV vorbehalten bleiben, ist nach Kenntnis des Senats auch nicht unÃ¼blich.

Â

37

Im Ãbrigen stand zum Zeitpunkt des Zustandekommens des Vergleichsvertrags keineswegs fest, dass aus dem Regressbetrag in HÃ¶he von 93Â 528,90 Euro vor Quotierung lediglich eine Regressforderung in HÃ¶he von 23Â 158,73 Euro â nettoâ folgen wÃ¼rde. Die zuÂ 1. beigeladene KÃV ist bei der Berechnung, die sie nach Abschluss des Vergleichsvertrags auf Anforderung des Beklagten durchgefÃ¼hrt hat, ersichtlich davon ausgegangen, dass fÃ¼r die wegen Unwirtschaftlichkeit nicht zu vergÃ¼tenden Leistungen jeweils nur der Betrag in Ansatz zu bringen sei, mit dem die VergÃ¼tung unter BerÃ¼cksichtigung der dem KlÃ¤ger zur VerfÃ¼gung stehenden Budgets tatsÃ¤chlich erfolgt ist und nicht der Betrag aus der Honoraranforderung des KlÃ¤gers. Bereits in seinen Urteilen vom

15.5.2002 *(BÂ 6Â KA 30/00Â RÂ â□□ BSG SozR 3â□□2500 Â§Â 87 NrÂ 32 SÂ 184Â f)* und vom 5.11.2003 *(BÂ 6Â KA 55/02Â RÂ â□□ BSG SozR 4â□□2500 Â§Â 106 NrÂ 4 RdNrÂ 9; vgl auch BSG Urteil vom 9.4.2008 â□□Â BÂ 6Â KA 34/07Â R Â â□□ SozR 4â□□2500 Â§Â 106 NrÂ 18 RdNrÂ 29; BSG Urteil vom 11.3.2009 â□□Â BÂ 6Â KA 62/07Â RÂ â□□ BSGE 103, 1â□□8 =Â SozR 4â□□2500 Â§Â 106a NrÂ 7 RdNrÂ 15; zuletzt: BSG Urteil vom 13.2.2019 â□□Â BÂ 6Â KA 58/17Â RÂ â□□ SozR 4â□□2500 Â§Â 106a NrÂ 22 RdNrÂ 18)* hat der Senat jedoch entschieden, dass die Honorarbegrenzung durch ein Budget und der daraus folgende praxisindividuelle Punktwert im Falle einer HonorarkÃ¼rzung grundsÃ¤tzlich nicht neu zu berechnen sind, dass vielmehr auf der Grundlage derjenigen Festlegungen, die anhand des zur Abrechnung vorgelegten Leistungsvolumens erfolgten, auch die HonorarkÃ¼rzung und -rÃ¼ckforderung bestimmt werden. Dies hat der Gesetzgeber mit der EinfÃ¼gung des SatzesÂ 3 in Â§Â 106 AbsÂ 2 SGBÂ V durch das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung *(GKVâ□□Modernisierungsgesetz â□□Â GMG)* vom 14.11.2003 *(BGBlÂ I 2190)* zum 1.1.2004 aufgegriffen und gesetzlich â□□klargestelltâ□□ *(vgl BTâ□□Drucks 15/1525 SÂ 114 â□□Â zu DoppelbuchstabeÂ cc)*, dass fÃ¼r Wirtschaft-lichkeitsprÃ¼fungen das â□□zur Abrechnung vorgelegte Leistungsvolumenâ□□ maÃ□geblich ist und â□□honorarwirksame Begrenzungsregelungen â□¦ keinen Einfluss auf die PrÃ¼fungenâ□□ haben.

Â

38

Bezogen auf die fÃ¼r das Jahr 2007 gegenÃ¼ber dem KlÃ¤ger bestehende RÃ¼ckzahlungsforderung ist aufgrund des wirksam geschlossenen Vergleichsvertrags nicht mehr darÃ¼ber zu befinden, ob die Berechnung des â□□Nettoregressbetragsâ□□ durch die Beigeladene zuÂ 1. zutreffend erfolgt ist oder ob die Festsetzung mit einem hÃ¶heren Betrag hÃ¤tte erfolgen mÃ¼ssen. Jedenfalls sind mit dem Vergleichsvertrag vom 29.2.2012 auch im Interesse des KlÃ¤gers die zu diesem Zeitpunkt bestehenden Ungewissheiten zu der Frage ausgerÃ¤umt worden, wie der â□□Nettobetragâ□□ der HonorarkÃ¼rzung nach Quotierung zutreffend zu berechnen ist.

Â

39

b)Â Eine Anfechtung wegen Irrtums nach Â§Â 119 AbsÂ 1 BGB scheidet ebenfalls aus. Danach kann, wer bei der Abgabe einer WillenserklÃ¤rung Ã¼ber deren Inhalt im Irrtum war oder eine ErklÃ¤rung dieses Inhalts Ã¼berhaupt nicht abgeben wollte, die ErklÃ¤rung anfechten, wenn anzunehmen ist, dass er sie bei Kenntnis der Sachlage und bei verstÃ¤ndiger WÃ¼rdigung des Falles nicht abgegeben haben wÃ¼rde. Nach Â§Â 121 AbsÂ 1 SatzÂ 1 BGB hat die Anfechtung in diesem Fall ohne schuldhaftes ZÃ¶gern (unverzÃ¼glich) zu erfolgen, nachdem der Anfechtungsberechtigte von dem Anfechtungsgrund Kenntnis erlangt hat. Weder den Feststellungen des LSG noch dem Vorbringen des KlÃ¤gers im

Revisionsverfahren sind Anhaltspunkte dafÃ¼r zu entnehmen, dass er oder der von ihm beauftragte Rechtsanwalt Ã¼ber Bedeutung und Tragweite der ErledigungserklÃ¤rung geirrt haben oder diese nicht seinem Willen entsprochen haben kÃ¶nnte *(zu diesen Voraussetzungen vgl BGH Beschluss vom 5.6.2008 â€“Â* VÂ ZB 150/07*Â â€“* BGHZ 177, 62 *=Â juris RdNrÂ 14Â f; BSG Urteil vom 7.7.2020 â€“Â* BÂ 12Â KR 18/18Â R*Â â€“ juris RdNrÂ 19)*.

Â

40

Soweit dem Vorbringen des KlÃ¤gers zu entnehmen ist, dass er bei seiner Entscheidung, dem Vergleichsvertrag mit einer RegresshÃ¶he von 20Â 000 Euro zuzustimmen, davon ausgegangen war, dass sich auf der Grundlage des angefochtenen Bescheids der PrÃ¼fungsstelle ein hÃ¶herer Nettoregress als der von der zuÂ 1. beigeladenen KÃ–V spÃ¤ter ermittelte Betrag von 23Â 158,73 Euro ergeben wÃ¼rde, handelt es sich um einen Irrtum im Beweggrund (sog Motivirrtum), der kein Anfechtungsrecht begrÃ¼ndet.

Â

41

Im Ã–brigen datiert das erste Schreiben des KlÃ¤gers, das â€“Â unter Zugrundelegung der im Urteil vom LSG getroffenen und vom KlÃ¤ger nicht angegriffenen FeststellungenÂ â€“ unzweideutig erkennen lÃ¤sst, dass der am 29.2.2012 geschlossene Vergleichsvertrag rÃ¼ckwirkend beseitigt werden soll und das deshalb als AnfechtungserklÃ¤rung ausgelegt werden kann *(zu den Voraussetzungen einer AnfechtungserklÃ¤rung vgl BGH Urteil vom 22.2.1995 â€“Â* IVÂ ZR 58/94*Â â€“ NJWâ€“RR 1995, 859 =Â juris RdNrÂ 12)*, vom 21.10.2014, sodass die Anfechtung auch nicht unverzÃ¼glich nach Kenntnis des Anfechtungsgrunds erklÃ¤rt worden ist. Selbst wenn anzunehmen wÃ¤re, dass der KlÃ¤ger Kenntnis vom Anfechtungsgrund nicht bereits im AnhÃ¶rungstermin am 29.2.2012, sondern erst mit der Ã–bersendung der Ausfertigung der Sitzungsniederschrift im November 2013 erlangt hÃ¤tte und dass ihm danach noch eine PrÃ¼fungs- und Ã–berlegungsfrist einzurÃ¤umen ist, wÃ¤re die Anfechtung im Oktober 2014 â€“Â und damit weitere etwa 11Â Monate spÃ¤terÂ â€“ nicht unverzÃ¼glich erfolgt.

Â

42

c) Ferner ist der Vergleichsvertrag nicht nach Â§Â 58 AbsÂ 1 SGBÂ X iVm Â§Â 779 AbsÂ 1 BGB unwirksam. Voraussetzung hierfÃ¼r wÃ¤re, dass der von beiden Parteien nach dem Inhalt des Vertrags als feststehend zugrunde gelegte Sachverhalt nicht der Wirklichkeit entspricht und der Streit oder die Ungewissheit Ã¼ber ein RechtsverhÃ¤ltnis bei Kenntnis der Sachlage nicht entstanden sein

wÃ¼rde *(BGH Urteil vom 20.3.2013 â□□Â XIIÂ ZR 72/11Â â□□ juris RdNrÂ 17)*. Ein solcher beidseitiger Irrtum Ã¼ber die Vergleichsgrundlage liegt jedoch nicht vor.

Â

43

C.Â Die Kostenentscheidung beruht auf Â§Â 197a AbsÂ 1 SatzÂ 1 TeilsatzÂ 3 SGG iVm Â§Â 154 AbsÂ 1 VwGO.
Â

Erstellt am: 21.01.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024